

5920/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Jung, Ofner, Bauer und Kollegen haben am 10. Mai 1999 unter der Nr. 6231/J - NR/1999 eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die österreichische Botschaft in Belgrad an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

zu Fragen 1 und 2:

Die Staatengemeinschaft hat auf das offene Ausbrechen der Krise im Kosovo Ende Februar 1998 unmittelbar reagiert und sich in vielfältiger Form um eine friedliche Lösung des Konfliktes bemüht. Österreich war als EU - Troika - Mitglied im Frühjahr, insbesondere aber als EU - Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1998, wesentlich an diesen Bemühungen beteiligt (Beschlüsse der EU, Teilnahme an Kontaktgruppe, Aufbau der „Kosovo Diplomatic Observer Mission“ ab Juli 1998 u.a.). Als Ausdruck der Anerkennung der Aktivitäten Österreichs vor Ort wurde der österreichische Botschafter in Belgrad, Dr. Wolfgang Petritsch, am 5. Oktober 1998 zum EU - Sonderbeauftragten für den Kosovo ernannt, der im weiteren wesentlich an den Bemühungen um eine friedliche Konfliktbeilegung mitgewirkt und die EU bei den Verhandlungen in Rambouillet und Paris im Februar und März 1999 vertreten hat.

Österreich hat seine Aktivitäten zur Beilegung im Rahmen der EU fortgesetzt und verfolgt daneben weiterhin nationale Initiativen zugunsten einer Entspannung der Situation in der Region, wie z.B. der Besuch des montenegrinischen Präsidenten Djukanovic in Österreich am 13. Mai 1999; ständige Kontakte zu jugoslawischen Vertretern und zur serbischen Opposition; Veranstaltung des Forums „Das andere Jugoslawien“ am 18. Juni in Wien, wo

über meine Initiative als Signal der internationalen Unterstützung für die oppositionellen Kräfte in der BR Jugoslawien demokratische Vertreter zur Diskussion über eine Demokratisierung Jugoslawiens zusammentrafen; ständige Kontakte zu Kosovo - albanischen Vertretern u.a.

Die NATO hat seit Sommer 1998 wiederholt militärische Aktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien für den Fall angedroht, daß Präsident Milosevic den Forderungen der internationalen Gemeinschaft zur Lösung der Kosovo - Krise nicht nachkommen sollte. Zur politischen Unterstützung dieser Drohungen und aus grundlegenden Sicherheitsüberlegungen wurde daher der Personalstand der Botschaften verschiedener westlicher Länder im Oktober 1998 und im Februar 1999 teilweise reduziert, manche Botschaften wurden vorübergehend evakuiert. In die Koordinierung dieser Evakuierungsmaßnahmen der EU - Botschaften war Österreich als EU - Präsidentschaft bzw. Troikamitglied führend eingebunden und hat in beiden Fällen Familienangehörige des Botschaftspersonals evakuiert, die Mitarbeiterzahl auf das für den Dienstbetrieb unbedingt notwendige Ausmaß reduziert und die Alarmpläne für den Fall einer weiteren Eskalation des Konfliktes in Zusammenarbeit mit dem Militärattaché fortlaufend dem realen Bedrohungsszenario angepaßt.

Aus allgemeinen Sicherheitsüberlegungen wurde die österreichische Botschaft, ebenso wie andere EU - Vertretungen, am 24.3.1999 vorübergehend geschlossen. Die bis dahin in Belgrad verbliebenen Botschaftsmitarbeiter trafen am 24.3. nach dem Beginn der NATO - Luftschläge in Österreich ein.

Die Schließung der überwiegenden Mehrheit der Botschaften in Belgrad, darunter auch jene des bündnisfreien EU - Mitgliedes Finnland, beweist, daß auch in anderen Ländern ähnliche Überlegungen angestellt wurden. Die Beziehung des finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari zu den Vermittlungsbemühungen der G - 8 hat im übrigen gezeigt, daß die Schließung der finnischen Botschaft in Belgrad eine Einbindung dieses Landes in die internationalen Bemühungen zur Lösung der Krise nicht behindert hat.

zu Frage 3:

Österreich hat - wie alle anderen neutralen EU - Staaten - alle Entscheidungen der EU zur Lösung des Jugoslawienkonfliktes mitgetragen. Daher ist es auch durch die Ernennung von Bot. Petritsch zum EU - Sondergesandten zu keinem Interessenkonflikt gekommen.

zu Frage 4:

Anlässlich der Drohungen der NATO im Oktober 1998 und im Februar 1999 wurden bereits im Vorjahr entsprechende organisatorische Vorbereitungen für eine Botschaftsevakuation gesetzt. Die vorübergehende Schließung der Botschaft im März 1999 war daher lang und gewissenhaft vorbereitet, es ist zu keinen Versäumnissen gekommen, und es fand kein „fluchtartiges Verlassen“ statt.

zu 4.1: Nein

zu 4.2: Nein

zu 4.3: Nein

zu 4.4: Nein; unabhängig davon besteht aus Sicherheitsgründen keine Zugangsmöglichkeit von der Garage in das Botschaftsgebäude;

zu 4.5: Nein.

zu den Fragen 5 bis 7:

Alle sicherheitsrelevanten Teile der Kommunikationseinrichtung sind in Wien eingetroffen.